

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen
am Dienstag, **29.01.2008**, 17:05 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

SprecherInnen und stellvertretende SprecherInnen der Gruppen von Menschen mit Behinderungen und der Arbeitsgruppen

Herr Wulf Greiling, Frau Beate Holstein, Frau Dr. Ursula Hoppe, Herr Oliver Knocke, Herr Otmar Knüvener, Frau Sabine Kollmann (Vertretung für Frau Elisabeth Wibben), Frau Gabriele Markerth, Frau Bettina Merschieve (Vertretung für Herrn Andreas Roters-Rüskamp), Frau Maria Pinke, Herr Franz-Josef Sauer, Frau Sigrid Schneider (Vertretung für Frau Angela Möllers), Herr Rolf Weckesser,

von der Seniorenvertretung Münster

Herr Heinz Hakenes,

von der CDU-Fraktion

Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt,

von der SPD-Fraktion

Frau Marianne Koch,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Brigitte von Schoenebeck,

von der FDP-Fraktion

Herr Matthias Gruber,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Elmar Niewöhner,

von der Verwaltung

Herr Harald Koops, Herr Thomas Schulze auf'm Hofe, Herr Michael Willamowski,

für die Schriftführung

Frau Doris Rüter,

Es fehlten:

Herr Alex Engels, Herr Ulrich Hohenbrink, Frau Angela Möllers, Herr Andreas Roters-Rüskamp, Frau Elisabeth Wibben,

zusätzlich anwesende stellvertretende Mitglieder:

Frau Maria Albrecht, Frau Kirsten Faust, Frau Gisela Holtz, Herr Burkhard Leydag, Herr Paul Rudnick

GebärdensprachdolmetscherInnen:

Frau Marja Hummert, Herr Matthias Sündermann

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner

Tagesordnung:

- | | | |
|--------------------------|----|--|
| | 1. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/1053/2007</u>
II | 3. | Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster
- Baubeschluss Hallenbad Hilstrup
- Baubeschluss Hallenbad Kinderhaus
- Baubeschluss Hallenbad Wolbeck |
| <u>V/0990/2007</u>
V | 4. | Pflegebericht 2007 des Sozialamtes |
| <u>V/0877/2007</u>
V | 5. | Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide:
Programmverlängerung bis 2010 |
| | 6. | Berichte aus den Arbeitsgruppen |
| | 7. | Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist |
| | 8. | Verschiedenes |

Punkt 1 der Tagesordnung**Festsetzung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde wie vorgesehen festgesetzt. Im Verlauf der Sitzung wurde TOP 5 vor TOP 4 behandelt, da Herr Willamowski nur bis 18.00 Uhr an der Sitzung teilnehmen konnte.

Frau Rüter informierte:

2.1 KIB-Termine 2008

Die für den 25.11.2008 geplante Sitzung der KIB wurde auf den 18.11.2008 vorgezogen. Eine neue Übersicht über die geplanten KIB-Termine für 2008 lag zur Mitnahme aus.

2.2 Versorgung mit Rollstühlen – Umfrage der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Probleme im Bereich der Versorgung behinderter Menschen mit geeigneten Rollstühlen sind regelmäßig Gegenstand von Petitionen an die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Frau Karin Evers-Meyer. Aus diesem Anlass führt die Behindertenbeauftragte eine bundesweite Erhebung durch. An der Online-Befragung können alle Menschen teilnehmen, die einen Rollstuhl nutzen. Der Onlinefragebogen ist auf der Internetseite der Behindertenbeauftragten oder direkt unter folgendem Link abrufbar:

http://www.unipark.de/uc/hb_uni_bremen_krauss_test/a0b5/

2.3 Befragung des ZPE zur Zuständigkeitsverlagerung der Eingliederungshilfe

Das Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE) wird im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung zur Zuständigkeitsverlagerung für das Ambulant Betreute Wohnen auf die Landschaftsverbände im Sommer 2008 einen Abschlussbericht vorlegen. Aus diesem Anlass führt das ZPE zurzeit eine Online-Befragung bei den Kreisen und kreisfreien Städten, Landschaftsverbänden, Trägern wohnbezogener Hilfen für Menschen mit Behinderungen sowie den organisierten Interessenvertretungen durch. Auch die KIB wurde gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Da bei vielen Fragen persönliche Einschätzungen erfragt werden, ist es schwierig, den Fragebogen für ein Gremium auszufüllen. Frau Rüter schlug vor, dass sie den Fragebogen in der AG 2 der KIB erläutert und dann überlegt wird, wie er für die KIB bearbeitet werden kann. An der Sitzung der AG 2 sollten die Kontaktpersonen zur Regionalkonferenz zur Weiterentwicklung der Lebenswelten von Menschen mit geistiger Behinderung in Münster sowie zum Arbeitskreis Psychiatrie (Frau Dr. Hoppe, Frau Albrecht, Herr Hohenbrink) teilnehmen.

2.4 Schwerbehindertenausweise

Frau Rüter bat darum, in den jeweiligen Organisationen/Vereinen den Hinweis weiterzugeben, wo die Fachstelle Schwerbehindertenausweise zu erreichen ist. Infoblätter wurden mit dem Protokoll verschickt und ferner ausgelegt. Herr Willamowski informierte, dass aufgrund von Kolleginnen, die u.a. krankheitsbedingt fehlen, sowie aufgrund

von Rückständen im Zusammenhang mit der Auflösung der Versorgungsämter zurzeit nicht alle Anliegen zeitnah bearbeitet werden können. Ferner teilte er mit, dass nach dem Umzug des Sozialamtes in das Gebäude Hafenstraße 8 Gespräche mit den Sozialverbänden, die im Rahmen des Schwerbehindertenrechtes beraten, geplant sind.

2.5 Veröffentlichungen

Der LWL hat ein Faltblatt zum Thema „Persönliches Budget“ herausgegeben. Das Faltblatt wurde mit der Einladung verschickt.

Das Faltblatt „Arbeit und Behinderung“ informiert über Termine der Fachstelle Behinderte Menschen im Beruf im 1. Halbjahr 2008.

In der Reihe der Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster (AAG) ist ein neues Heft mit dem Titel "Von Barrierefreiheit zum Design für Alle - Erfahrungen aus Forschung und Praxis" erschienen. Die Veröffentlichung ist in Kooperation mit dem Europäischen Institut Design für Alle in Deutschland e.V. (EDAD) entstanden. Sie enthält Beiträge von Tagungen zum "Design für Alle" in der kommunalen Planung, bei der Produktgestaltung und auf dem Weg zur barrierefreien Stadt. Darunter befinden sich mehrere Projektberichte aus der Stadtverwaltung Münster und dem münsterschen Verein Zugvogel. Der Band (180 Seiten, 15 Euro) kann bestellt werden bei: AAG, Schlossplatz 4, 48149 Münster, E-Mail aag.muenster@uni-muenster.de; für blinde und sehbehinderte Menschen liegen auch für sie lesbare Exemplare der Veröffentlichung vor.

Der Verein Ambulante Dienste hat die Broschüre „Immer in Bewegung“ – 25 Jahre Ambulante Dienste e.V. für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben in Gleichberechtigung“ herausgegeben. Sie ist zu beziehen beim Verein Ambulante Dienste, www.ad-ms.de.

Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen hat das Fachbuch „Go! Unlimited! – Menschen mit Behinderung machen sich selbständig“ herausgegeben. Es lag zur Mitnahme aus.

2.6 Veranstaltungen

Am 4. und 5. März 2008 findet im Franz-Hitze-Haus die Veranstaltung „Integration ganz praxisnah – Betriebliches Arbeitstraining und andere Wege der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen“ statt. Es ist eine Veranstaltung von „job“ – Jobs ohne Barrieren. Die Einladung zu der Veranstaltung ist im Internet unter www.lwl-integrationsamt.de (Veranstaltungen) abrufbar.

Am 8. März 2008 führt der Landesverband der Gehörlosen NRW im Kulturzentrum in Münster ein NRW-Frauenseminar durch, und zwar zum Thema „Nutzung von Gebärdensprachdolmetschern“. Interessierte können sich bis zum 8. Februar bei Renate Hoffmann anmelden (Fax 02542/3535, E-Mail: renate@hoffmanni.eu).

Vom 21. bis 23.08.2008 finden in Köln die Deutschen Kulturtage der Gehörlosen statt. Weitere Infos gibt es unter www.gehoerlosen-kulturtage.de.

Der Kinderschutzbund bietet am 29. Februar und 1. März eine Fortbildung zum Thema Sexualität und Behinderung für Pädagogen in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung an.

2.7 Brief der Beauftragten der Landesregierung NRW für die Belange der Menschen mit Behinderungen an Frau Koch

Frau Koch informierte über einen Brief der Beauftragten der Landesregierung NRW für die Belange der Menschen mit Behinderungen, Frau Angelika Gemkow. Sie wird sich auch in 2008 für ein „NRW ohne Barrieren“ einsetzen und hofft, gemeinsam mit allen, die sich in diesem Bereich engagieren, Barrieren abbauen zu können.

2.8 Karnevalsumzug – Beteiligung von Menschen mit Behinderungen

Frau Koch wies darauf hin, dass ihr ein Anrufer über die Beteiligung behinderter Menschen am Karnevalsumzug in Köln berichtet habe. Frau Dr. Hoppe teilte mit, dass in Münster ebenfalls behinderte Menschen am Rosenmontagszug teilnehmen (organisiert von Westfalenfleiß). Herr Greiling informierte, dass der Bürgerausschuss Münsterscher Karneval aufgrund einer Anregung der AG Stadtplanung und Verkehr bereits seit Jahren vor dem Stadthaus 1 an der Heinrich-Brüning-Straße eine Fläche für RollstuhlfahrerInnen reserviert. Frau Koch regte an, diese Information bekannter zu machen und auch auf der Internetseite zum Karneval zu veröffentlichen.

Punkt 3 der Tagesordnung V/1053/2007

Weiterentwicklung der Bäderlandschaft in Münster

- Baubeschluss Hallenbad Hilstrup
- Baubeschluss Hallenbad Kinderhaus
- Baubeschluss Hallenbad Wolbeck

Herr Koops beantwortete Fragen der Mitglieder.

Frau Merschiewe wies darauf hin, dass die Belange hörbehinderter Menschen in der Vorlage nicht berücksichtigt wurden, obwohl diese Aspekte in der Checkliste der AG Barrierefreie Bäder genannt werden. Die Checkliste wurde mit der Einladung zu dieser Sitzung verschickt. Frau Merschiewe erläuterte, dass hörbehinderte Menschen mit den Gegensprechanlagen an den Kassenautomaten Probleme haben und dort sowie in Aufzügen optische Signale benötigen. Auch im Notfall ist eine Alarmierung per Lichtsignal erforderlich. Für die sehr teuren Hörgeräte werden sichere Schließfächer benötigt. Frau Merschiewe fragte auch, ob eine Schulung der Schwimmmeister erfolgen wird, um sie für die Belange von Menschen mit Hörbehinderungen zu sensibilisieren.

Herr Koops teilte mit, dass die Einrichtung sicherer Schließfächer geprüft wird und darüber hinaus eine Verwahrung bei den Schwimmmeistern möglich ist. Eine Schulung des

Personals in den Bädern wird vom Sportamt vorgenommen. Herr Koops wird im Rahmen der Umsetzung der Planungen prüfen, ob auch eine optische Alarmierung umgesetzt werden kann.

Zu der Frage, warum in den Bädern keine Handläufe vorgesehen sind, teilte Herr Koops mit, dass diese aufgrund der geringen Flurbreiten nicht angebracht werden. Ferner informierte er, dass für jedes Bad zunächst ein Rollstuhl angeschafft wird und bei einem höheren Bedarf ggf. weitere Rollstühle angeschafft werden können.

Frau Kollmann bat darum, in den Informationen, die nach der Sanierung zu den einzelnen Bädern erstellt werden sollen, auch den Hinweis auf die Ausstattung der Dusche mit einem Duschklapsitz/Duschhocker aufzunehmen.

Frau Rüter wies darauf hin, dass die AG Barrierefreie Bäder in ihrer letzten Sitzung auf folgende Aspekte hingewiesen hat: Vor der Anschaffung der Dusch-Toiletten-Rollstühle sollte das vorgesehene Modell von einigen RollstuhlfahrerInnen getestet werden. Die Gestaltung des Leitsystems für blinde und sehbehinderte Menschen sollte vor der Umsetzung mit blinden und sehbehinderten Menschen abgestimmt werden. Zu dem Lifter im Hallenbad Roxel ist Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig, um ihn bekannt zu machen und behinderte Menschen zu ermutigen, ihn zu nutzen.

Im Folgenden stimmte die KIB über die Vorlage ab und schloss sich dem Beschlussvorschlag an (1 Gegenstimme).

I. Sachentscheidung:

1. Hallenbad Hilstrup

- 1.1 Die Modernisierung des Hallenbades in Hilstrup wird nach den Plänen des Architekturbüros Krieger, Velbert, ausgeführt (Anlagen 1.1).
- 1.2 Die Erläuterungen zur Planung werden zur Kenntnis genommen (Anlage 1.2)
- 1.3 Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 1.3)
- 1.4 Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1.4).

2. Hallenbad Kinderhaus

- 2.1 Die Modernisierung des Hallenbades in Kinderhaus wird nach den Plänen des Architekturbüros agn, Ibbenbüren, ausgeführt (Anlage 2.1).
- 2.2 Die Erläuterungen zur Planung werden zur Kenntnis genommen (Anlage 2.2)
- 2.3 Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 2.3)
- 2.4 Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2.4).

3. Hallenbad Wolbeck

- 3.1 Die Modernisierung des Hallenbades in Wolbeck wird nach den Plänen des Architekturbüros bau.werk architekten, Münster, ausgeführt (Anlagen 3.1).
- 3.2 Die Erläuterungen zur Planung werden zur Kenntnis genommen (Anlage 3.2)
- 3.3 Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen (Anlage 3.3)
- 3.4 Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 3.4).

4. Die voraussichtlichen **Bau- und Schließzeiten** zum

- 4.1 Hallenbad Hiltrup,
- 4.2 Hallenbad Kinderhaus und
- 4.3 Hallenbad Wolbeck werden zur Kenntnis genommen

II. Kosten/Folgekosten

- 5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Netto-Investitionskosten gem. Kostenberechnung nach DIN 276 für das
 - 5.1 Hallenbad Hiltrup in Höhe von ca. 2.235.000 € (Anlage 1.5),
 - 5.2 Hallenbad Kinderhaus in Höhe von ca. 1.635.000 € (Anlage 2.5),
 - 5.3 Hallenbad Wolbeck in Höhe von ca. 1.050.000 € (Anlage 3.5)
 ermittelt wurden.
- 6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass zusätzliche Netto-Folgekosten für Abschreibungen und Instandhaltung für das
 - 6.1 Hallenbad Hiltrup in Höhe von jährlich ca. 131.800,00 € entstehen. Die verbrauchsabhängigen Kosten wie Reinigung und Energie verändern sich nicht.
 - 6.2 Hallenbad Kinderhaus in Höhe von jährlich ca. 84.800,00 € entstehen. Die verbrauchsabhängigen Kosten wie Reinigung und Energie verändern sich nicht.
 - 6.3 Hallenbad Wolbeck in Höhe von jährlich ca. 54.700,00 € entstehen. Die Reinigungskosten verändern sich nicht. Die Energiekosten bleiben ebenfalls unverändert, lediglich der Wasserverbrauch wird voraussichtlich um 1.500,00 € pro Jahr reduziert.
 - 6.4 Es wird zur Kenntnis genommen, dass zu den vorgenannten Folgekosten Personalkosten hinzukommen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

8. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die erforderlichen Mittel im Haushaltsplan 2007 incl. Nachtragshaushaltsplan 2007, sowie im Entwurf des Haushaltsplanes 2008 unter der Produktgruppe 0802 Bäder wie folgt zur Verfügung stehen, bzw. veranschlagt sind:

Maßnahmenziffer	Jahr	Haushaltsplan 2007	Nachtragshaushaltsplan 2007	Entwurf Haushaltsplan 2008
4060 Modernisierung Hallenbad Hiltrup	2007 (2007 VE) 2008 2009	100.000 (285.000) 285.000 1.850.000	175.000 (250.000)	175.000 0 2.060.000 0
Gesamt Hallenbad Hiltrup		2.235.000		2.235.000
4010 Modernisierung Hallenbad Kinderhaus	2007 (2007 VE) 2008	170.000 (275.000) 1.465.000	170.000 (250.000)	170.000 0 1.465.000
Gesamt Hallenbad Kinderhaus		1.635.000		1.635.000
4020 Modernisierung Hallenbad Wolbeck	2007 (2007 VE) 2008	50.000 (102.000) 1.000.000	215.000 (250.000)	215.000 0 835.000
Gesamt Hallenbad Wolbeck		1.050.000		1.050.000

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Mittelbereitstellung ab 2008 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Rates zur Haushaltssatzung 2008 und mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2009 – 2011 steht.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0990/2007

Pflegebericht 2007 des Sozialamtes

Herr Schulze auf'm Hofe beantwortete Nachfragen der KIB-Mitglieder.

Herr Sauer wies auf einen Bericht der Bezirksregierung Münster zu Mängeln in der Sicherheit von Pflegebetten hin und erkundigte sich, ob die Heimaufsicht der Stadt Münster sich dieses Themas annimmt. Frau Rüter teilte mit, dass sie die Anfrage von Herrn Sauer, die er bereits vor der Sitzung gestellt hat, an die Kollegin der Heimaufsicht weitergegeben hat. Sie wird das Thema im Rahmen ihrer Möglichkeiten berücksichtigen. Zuständige Behörde für diese Überprüfungen nach dem Medizinproduktegesetz und der Medizinprodukte-Betreiberverordnung ist jedoch die Bezirksregierung. Eine Nachfrage bei der Bezirksregierung Münster hat ergeben, dass 2004 bis 2007 16 Einrichtungen in Münster überprüft wurden und bei 68 % Mängel bei den Seitengittern der Pflegebetten vorlagen sowie bei 25 % Mängel hinsichtlich der Elektrik.

Frau Holstein regte an, Abkürzungen wie LDS (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik) zukünftig auszuschreiben.

Herr Knocke informierte, dass er in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesund-

heit und Arbeitsförderung (ASGAf) am 04.12.2007 einige Aspekte zu der Vorlage angesprochen hat, u.a. zur Frage der Versorgung von dementiell erkrankten Personen. Er kritisierte, dass das Protokoll der Sitzung des ASGAf zu diesem Tagesordnungspunkt sehr knapp ausfällt und keinen der in der Diskussion der Vorlage genannten Aspekte nennt. Herr Schulze auf'm Hofe und Frau Rüter betonten, dass das Sozialamt bemüht ist, inhaltliche Anregungen zu Vorlagen unabhängig davon, ob sie in einem Protokoll erwähnt werden, bei der zukünftigen Arbeit zu berücksichtigen. Frau Koch bat darum, die Kritik an dem Protokoll weiterzugeben.

Frau Dr. Hoppe regte an, die Bezeichnung von ambulanten Angeboten kritisch zu hinterfragen, da z.B. der Begriff „ambulante Wohngemeinschaft“ im Grunde bedeutet, dass die Wohngemeinschaft keinen festen Ort hat.

Die KIB nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung VI/0877/2007

Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Programmverlängerung bis 2010

Herr Willamowski stellte die Vorlage kurz vor.

Als Tischvorlage lag der Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Ratsfraktion vom 28.01.2008 vor. Er ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Herr Gruber erläuterte kurz den Antrag. Die KIB verständigte sich darauf, die im Antrag angesprochene Finanzierungsfrage nicht näher zu erörtern und nicht über den Antrag abzustimmen.

Im Folgenden beantwortete Herr Willamowski Fragen der Mitglieder.

Frau Dr. Hoppe, Herr Sauer und Herr Knüvener merkten an, dass die Vorlage keine Hinweise zu den Belangen von Menschen mit Behinderungen enthält und das Wort „Integration“ nicht auf sie bezogen wird. Die AG 2 hat im Rahmen der Beratung der Vorlage darauf hingewiesen, dass u.a. Menschen mit Behinderungen in das soziale Netz der Stadtteile Münsters einbezogen werden müssen (vgl. Protokoll der AG 2 vom 08.01.2008). Herr Willamowski stellte klar, dass Inhalt der Vorlage die Entscheidung über die weitere Finanzierung des Programms ist und regte an, dass sich die KIB ggf. zu einem anderen Zeitpunkt über die konkreten Inhalte des Projektes informiert und die Frage der Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen erörtert. Herr Knüvener berichtete, dass die AG 2 sich in der Vergangenheit bereits einmal über die Projektinhalte informiert hat. Frau Rüter bot an, bei Bedarf einen Kontakt zu einer Ansprechpartnerin des Projektes in Kinderhaus herzustellen.

Im Folgenden ließ Frau Koch über die Vorlage abstimmen. Die KIB schloss sich dem Beschlussvorschlag einstimmig an.

I. Sachentscheidung:

Dem Finanzierungsplan für die Durchführung des Programms Soziale Stadt (Integriertes Handlungskonzept/Städtebaulicher Maßnahmeplan gem. § 171 e Baugesetzbuch) für das Gebiet Münster-Kinderhaus, Brüningheide, im Jahr 2010 sowie der in der Begründung dargestellten Mittelaufteilung wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verlängerung der Programmdurchführung um ein weiteres Jahr nicht gedeckte Kosten von 113.220 € in 2010 verursachen wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Aufwendungen					
--------------	--	--	--	--	--

	Nr.	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2010	348.000	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
insgesamt				348.000	

Erträge					
---------	--	--	--	--	--

	Nr.	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2010	234.780	
Teilergebnisplan (Zeile)	03	Sonstige Transfererträge			
insgesamt				234.780	

Punkt 6 der Tagesordnung

Berichte aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1

Frau Pinke wies auf die geplante Einrichtung integrativer Lerngruppen an der Droste-Hauptschule Roxel ab dem Schuljahr 2008/2009 hin. Die Ratsvorlage zu diesem Thema wird in der nächsten Sitzung der KIB beraten.

Arbeitsgruppe 2

Das Protokoll der Sitzung vom 08.01.2008 wurde mit der Einladung verschickt.

Arbeitsgruppe 3

Herr Sauer berichtete von der Sitzung der AG am 24.01.2008 beim Industrie-Service Münster, Westfalenfleiß gGmbH. Das Protokoll der Sitzung wird mit der Niederschrift der KIB-Sitzung verschickt. Herr Sauer führte aus, dass in der Sitzung der AG auch die Frage der Auftragsvergabe an Werkstätten für behinderte Menschen durch die Stadt Münster thematisiert wurde. Ausgehend davon nahmen einige KIB-Mitglieder zur Frage der Auftragsvergabe durch die Stadt Münster Stellung und sprachen sich dafür aus, dass die Stadt mehr Aufträge an Werkstätten für behinderte Menschen vergibt. Frau Koch verwies in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der SPD-Fraktion, der am 29.08.2007 vom Hauptausschuss beschlossen wurde. Danach soll die Verwaltung die Auftragsvergabe an anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen zukünftig auch bei den städtischen Beteiligungen erfragen und dokumentieren. Ziel ist es, auch die städtischen Beteiligungen für eine gesteigerte Vergabetätigkeit an die Werkstätten zu gewinnen. Ferner soll die Verwaltung das Leistungsspektrum der Werkstätten den Ämtern und städtischen Beteiligungen adäquat bekannt machen.

Arbeitsgruppe 4

Frau Faust verwies auf das Protokoll der AG vom 12.12.2007.

Arbeitsgruppe 5

Herr Greiling informierte kurz über die Sitzung der AG am 22.01.2008. Das Protokoll der Sitzung wird mit der Niederschrift verschickt.

Punkt 7 der Tagesordnung	Berichte aus Gremien, in denen die Kommission vertreten ist
---------------------------------	--

Herr Knocke verwies bezüglich des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung am 04.12.2007 auf seine Ausführungen zu TOP 4. Aus den anderen Gremien wurde nicht berichtet; die Gremien hatten in 2008 überwiegend noch nicht getagt.

Punkt 8 der Tagesordnung	Verschiedenes
---------------------------------	----------------------

Herr Sauer regte an, zu einer der nächsten beiden Sitzungen die Ärztin des Gesundheitsamtes einzuladen, die für die ärztlichen Begutachtungen im Rahmen der Feststellung einer Schwerbehinderung zuständig ist.

Herr Knüvener berichtete von positiven Erfahrungen mit dem Busfahren in Münster, wobei er vorschlug, die Frage der Sicherung der Rollstühle im Bus erneut zu thematisieren.

Herr Sauer wies auf einen Artikel in der Vdk-Zeitung, Ausgabe Februar 2008, hin, in dem über Veränderungen in der Beförderungspraxis von RollstuhlfahrerInnen in Bussen

aufgrund der Umsetzung der EU-Busrichtlinie in deutsches Recht berichtet wird. Der Artikel wird den KIB-Mitgliedern mit dem Protokoll zur Verfügung gestellt. Herr Greiling berichtete, dass er am 11.02.2008 ein Gespräch mit einem Vertreter der Stadtwerke führen wird, um verschiedene Fragen rund um den Busverkehr in Münster zu besprechen. Kritik und Anregungen können an ihn weitergegeben werden.

Herr Knüvener teilte mit, dass an einem Tag im Dezember 2007 im Bereich der Heinrich-Brüning-Straße nur eingeschränkt Behindertenparkplätze ausgewiesen waren. Frau Rüter informierte, dass auch während des Weihnachtsmarktes alle Behindertenparkplätze in diesem Bereich zur Verfügung standen. Das Ordnungsamt hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass es an dem besagten Tag ggf. aufgrund der Ausschilderung zu Missverständnissen gekommen ist.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

gez.
Marianne Koch
Vorsitzende

gez.
Doris Rüter
Schriftführung